

Innenpolitik

Mainz: Bush war nicht willkommen

Von Korrespondent | 1. März 2005

Dass an einem Werktag von 12.00 – 17.00 Uhr trotz garstigem Wetter sich mehr als 12 000 Menschen zu einer Demo gegen Bush (und viele auch gegen Schröder) versammelt haben, ist nicht alltäglich.

Es ist Ausdruck einer sehr verbreiteten (und wachsenden) Kritik an der Kriegspolitik und an der Umweltvernichtungspolitik der US-Regierung. Damit konnten Bush und Schröder ihre Idee von einer beschaulichen Begegnung in einer „Provinzstadt“ nicht mehr umsetzen. Bush wurde also – anders als sein Vater 1989 in Mainz – hermetisch von der Bevölkerung ferngehalten, was uns sehr wohl freute (dazu waren immerhin 20 000 Polizisten und Bundesgrenzschützer im Einsatz).

Keine Freude allerdings war die einzigartige Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs in einer ganzen Region: Nicht nur wurden ganze Straßenzüge gesperrt, 1 300 Kanaldeckel zugeschweißt und der Schiffsverkehr im Umkreis von 30 km auf Rhein und Main stillgelegt. Auch noch zehntausende von Menschen in der Rhein-Main-Region kamen an diesem Tag nicht auf die Arbeit und mussten sich Urlaub nehmen. 150 Flüge fielen aus, viele Buslinien fuhren gar nicht, bestimmte Fernzüge wurden gestrichen usw. Eine so weitreichende Einschränkung des öffentlichen Lebens – von der Arbeit bis zur Schule, vom Arztbesuch bis zur Kinderbetreuung – stellt für Deutschland wohl eine neue Qualität dar. Und das alles wegen dieses Kriegsverbrechers. Noch nie war er so unbeliebt wie heute!

Bush und Schröder einig

Trotz aller Bemühungen zur Beendigung des Streits um den Irakkrieg bleiben sicherlich die Differenzen zwischen der US-amerikanischen und der deutschen Regierung bestehen. Aber auffällig war doch, wie sehr man sich bemühte, die Gemeinsamkeiten zu betonen. Das haben glücklicherweise auch einige der (vielen) RednerInnen dieses langen Demotages deutlich gemacht. Vor allem der Verweis auf die Vorreiterrolle der deutschen Regierung bei der Aufrüstung der EU wurde zu Recht betont.

Aber an der Durchführung des allzu langen Kundgebungs-Programms (Auftakt 10.00 Uhr, Ende 17.30 Uhr) haben wir doch erhebliche Kritik. Dies erschwerte es, zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Maximum an Menschen zusammenzuhaben. Inzwischen wird in den Kreisen der OrganisatorInnen ansatzweise über die Nachteile einer solch zerlaufenden Struktur nachgedacht. Hoffentlich mit entsprechenden Konsequenzen.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Dienstag den 1. März 2005
in der Kategorie: **Innenpolitik**, **RSB4**.

